

# INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Verwendete Abkürzungen	VI
Schrifttumsverzeichnis	XI
A. Das Problem	1
I. Die Entscheidung BGHZ 61, 380 ff.	2
1. Die Verletzung der Vertragspflichten als Anspruchsgrundlage	4
2. Ansätze zur Betrachtung des Schadens der GmbH als eines Gesellschafterschadens	5
a) Wertverlust der Gesellschaftsanteile	5
b) Normative Schadensbetrachtung	6
c) Wirtschaftliche Einheit von Alleingesell- schafter und GmbH	9
II. Eigener Schaden des Gesellschafters aufgrund einer Schädigung seiner Geschäftsanteile	11
1. Die rechtliche Stellung des Gesellschafters	12
2. Der Wert eines Geschäftsanteiles	14
3. Verminderung des Reingewinns	15
4. Schädigung der GmbH	17
III. Das Urteil der Vorinstanz	20
1. Drittschadensliquidation	21
2. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	22
B. Problembereich und Meinungsstand	25
I. Bürgerlichrechtlicher Lösungsansatz	25
1. Drittschadensliquidation	26

## II

	Seite
a) Erweiterung der anerkannten Fallgruppen	27
b) Schadensverlagerung	29
c) Der Ausgleich zwischen Gesellschafter und GmbH	32
2. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	35
3. Naturalrestitution	37
4. Entlastung des Schädigers	40
II. Gesellschaftsrechtlicher Lösungsansatz	41
1. Die praktischen Auswirkungen der Schadensersatzleistung unmittelbar an den Gesellschafter	41
a) Gläubigergefährdung	42
b) Unzutreffende Besteuerung	44
2. Rechtliche Trennung	47
3. Rechtliche Auswirkungen	49
4. Modifizierende Ansichten	51
a) Bauschke	51
b) Reinelt	54
c) Berg	56
C. Die Durchgriffsproblematik	58
I. Begriff und Bedeutung	60
II. Abgrenzung und sachlogische Erfassung der Durchgriffsfälle	66
1. Zurechnung von Verhaltensweisen, Kenntnissen und Eigenschaften	67
2. Zurechnung von Leistungspflichten und Ansprüchen	69
a) Der Haftungsdurchgriff	69
b) Der umgekehrte Haftungsdurchgriff	70
c) Der begünstigende Durchgriff	72

### III

#### Seite

3. Sonderfälle	73
a) Aufrechnungsfälle	73
b) Strohmanngesellschaften	75
c) Durchgriff im Steuerrecht	75

III. Abgrenzung von selbständigen Verpflichtungsgründen	81
---	----

1. Haftung aufgrund einer Erklärung des Gesellschafters	83
2. Haftung aus culpa in contrahendo	84
3. Haftung wegen unerlaubter Handlung	86
4. Restriktion der Trennungsnorm durch gesellschaftsrechtliche Einzelnormen	88

IV. Die Durchgriffslehre	89
--------------------------	----

1. Historische Entwicklung	90
2. Die neuere Durchgriffslehre	92
a) Der Mißbrauchsaspekt	93
b) Die Rechtsgrundlagen	96
c) Beteiligte Interessen und Mißbrauchslehre	98
d) Durchgriff als Normanwendungsproblem	102

V. Die Einmann-GmbH und das Sondervermögen	112
--	-----

1. Rechtsfähigkeit der Einmann-GmbH und körperschaftliche Verfassung	112
2. Die Theorie vom Sondervermögen	118
3. Das Surrogationsprinzip bei den Sondervermögen	121

D. Das personale Element beim Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	132
--	-----

I. Die schadensersatzrechtliche Ausgangslage nach dem Gesetz	133
--	-----

# IV

	Seite
1. Vertraglicher Schadensersatzanspruch	133
2. Ersatzanspruch wegen unerlaubter Handlung	136
3. Der Vertrag zugunsten Dritter in der älteren Rechtsprechung	137
a) Drittbegünstigung durch Leistungsinhalt	139
b) Drittbegünstigung ohne Leistungspflichten	141
c) Das Zuwendungsverhältnis als Auslegungshilfe	142
d) Abkehr von der Entscheidungspraxis des RG	144
aa) Anknüpfung an einen fiktiven Parteiwillen	144
bb) Leistung an Dritte oder Schutzwirkung für Dritte	146
II. Die sachliche Begrenzungsfunktion des Merkmals "personenrechtlicher Einschlag"	147
1. Die Interessenlage	149
a) Das Interesse des Schuldners	150
b) Das Interesse des Gläubigers	151
c) Die Interessen der Dritten	151
2. Die Interessenbewertung durch den Grundsatz vom Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	152
a) Erkennbarkeit des Risikos	152
b) Leistungsnähe	152
c) Verbundenheit von Gläubiger und Drittem	153
3. Keine Beschränkung auf Körperschäden	155
III. Die methodisch gebotene Begrenzung des Anwendungsbereichs des Vertrages mit Schutzwirkung für Dritte	157
1. Der methodische Hintergrund	157
2. Die Begrenzungsfunktion der Voraussetzungen	162
IV. Ergebnis	164
1. Die Lösung	164

	Seite
2. Die Anwendung der Lösung	167
a) Kein Verstoß gegen zwingende Prinzipien	167
b) Praktikabilität	168
3. Die Falllösung BGHZ 61, 380 ff.	. 169
<b>E. Zusammenfassung</b>	<b>178</b>